

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	10 (1918)
Heft:	5
 Artikel:	Zum Antritt
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-350851

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sorgung schon gefordert und geliefert worden war. Die Forderungen der Arbeiter seit Kriegsausbruch wurden daher zusammengestellt und mit den Resultaten verglichen.

Bei der Formulierung der Forderungen beschränkte man sich auf solche, die dringlich sind und die im Interesse möglichst weiter Kreise liegen, deren Realisierbarkeit aber auch unzweifelhaft möglich ist. Das so aufgestellte Programm ist in der letzten Nummer der «Rundschau» veröffentlicht worden, nachdem es eine Konferenz des Gewerkschaftsausschusses und der Partei gutgeheissen hatte.

Im Vordergrund stand die Milchpreisfrage, über die sofort eine scharfe Diskussion einsetzte. Aber auch andere Forderungen werden von Tag zu Tag dringlicher. So muss mit Nachdruck für eine zweckmässige Organisation der Kartoffelversorgung eingetreten werden. Ihrer Erledigung harren die Fleischversorgung, die Brennstoffversorgung, die Notstandsfrage und andere. In allen diesen Fragen muss das Aktionskomitee mit seiner Initiative einsetzen und die öffentliche Aufmerksamkeit rechtzeitig wecken, damit sie im Sinne der Konsumenten gelöst werden.

Das ist das, was wir in erster Linie unter Aktion verstehen, und so wollen wir die Tätigkeit des Aktionskomitees aufgefasst wissen. Viele Genossen haben von dieser Tätigkeit eine andere Auffassung. Ihnen gilt die Initiative und gelten die Vorbereitungsstadien für die Geltendmachung und Durchsetzung der Forderungen wenig. Für sie ist das Schlagwort des Tages der Generalstreik geworden. Er soll mit einem Schlag alle Not vergessen machen, das Allheilmittel für alle wirtschaftlichen Schäden sein. In manchen Köpfen ist es zu einer Begriffsverwirrung gekommen. Die jeweilige Forderung wird geradezu daraufhin untersucht, ob sie ein taugliches Mittel ist, um zum Streik zu kommen.

Selbstverständlich muss der Kampf gegebenenfalls die schärfsten Formen annehmen, wenn die legalen Mittel nicht mehr ausreichen und wenn es um wichtige Lebensfragen geht. Aber dieses Kampfmittel des allgemeinen Streiks ist das letzte und äusserste, denn es hat ungeheure Konsequenzen. Wenn man die Arbeiter von bürgerlicher Seite auf die Verantwortung aufmerksam zu machen beliebt, die die Erklärung des allgemeinen Streiks bedeutet, so ist allerdings zu sagen, dass die Verantwortung auf jener Seite mindestens so gross ist wie auf Arbeiterseite, da man ja durch die Befriedigung der berechtigten Forderungen der Arbeiter wohl in der Lage wäre, einen solchen Streik abzuwenden.

Das Aktionskomitee hat das Problem des allgemeinen Streiks eingehend erwogen und eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, nach denen eventuell verfahren werden müsste. Nach den Anträgen des Aktionskomitees haben auch die Verbände selber sich mit der Frage befasst. Wir werden zu gegebener Zeit das Resultat der gesamten Erwägungen an dieser Stelle einer Besprechung unterziehen.

Unvoreingenommene Kritik wird zugeben müssen, dass das Aktionskomitee bisher seine Aufgabe im Rahmen der Möglichkeit erfüllt hat. Daran ändern die Stimmen der Kritik nichts. Die übergrosse Mehrzahl der Arbeiterschaft wird ihm sicher Dank dafür wissen, wenn es wirklich versucht, mit den letzten Mitteln auf die Behörden einzuwirken, bevor es zum offenen Kampf auffordert. Mit diesem Vertrauen der Massen der Arbeiter, das sich bekunden soll in immer stärkeremandrang zu den Organisationen, wird es aber auch möglich sein, den Druck von unten so zu verstärken, dass uns vielleicht das Härteste erspart bleibt.



Zum Antritt.

In den letzten Monaten und Jahren konnte man in der politischen Presse der Schweiz oft von einem Riss zwischen Welsch und Deutsch lesen, der sich zu einem wirklichen Graben zu verbreitern drohte. Aengstliche Gemüter sahen zeitweilig den Moment der Auflösung der Schweiz nahe, weil man sich so gar nicht zu verstehen scheine und vielleicht auch nicht verstehen wolle.

Nicht nur in der bürgerlichen, sondern auch in der proletarischen Welt der Arbeiter glaubte man diesen Riss zeitweilig zu bemerken. Es schien oft schwer, einander zu verstehen. Die Auffassungen über die Organisation und Taktik in der Arbeiterbewegung waren nicht immer die gleichen. Das verschiedene Temperament und die verschiedene Kultur hatten ihre verschiedenen Ausdrucksweisen.

Bei alledem war es trotz der Enge der Grenzen schwer, Deutsch und Welsch einander näherzubringen, weil es an den Mitteln und Kräften fehlte, die den Kontakt herstellen konnten. In den letzten zehn Jahren hat sich ja vieles gebessert. Einige unserer Verbände haben ansehnliche Kontingente in der welschen Schweiz. Die zum grossen Teil Französisch sprechenden Uhrenarbeiter haben ihren Anschluss an die Deutsch sprechenden Metallarbeiter vollzogen, und es geht ausgezeichnet. Die romanischen Typographen haben ihre Selbständigkeit aufgegeben und sind dem Typographenbund beigetreten. Auch dieser Zusammenschluss bewährt sich. Es darf somit behauptet werden, dass Deutsch und Welsch sich verstehen und zusammenpassen, wenn nur erst der Kontakt da ist. Das ist auch kein Wunder! Es gibt zwischen den Arbeitern Sprachgrenzen, aber keine chinesischen Mauern.

Die welschen Arbeiter werden von den welschen Unternehmern gerade so ausgebeutet wie die Deutsch sprechenden von den ihren. Im Kampf um ihre Menschenrechte müssen sie zusammenstehen und zusammenhalten.

Jetzt ist endlich auch der Moment gekommen, da die Gesamtorganisation der schweizerischen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbund, in der Lage ist, den Kontakt mit den Arbeitsbrüdern im Jura und am Genfersee voll herzustellen.

Am 1. Mai tritt der Sekretär welscher Zunge, Genosse Charles Schürch von La Chaux-de-Fonds, sein Amt im Gewerkschaftsbund an. Er wird ein grosses Arbeitsfeld vorfinden, viel Loses zu befestigen, Neues aufzubauen haben; vor allem aber wird es sein Bestreben sein müssen, dahin zu wirken, dass sich unsere welschen Brüder als Glieder unserer gemeinsamen Organisation fühlen, dass Welsch und Deutsch immer mehr ineinander verwächst und die Solidarität vom Leman bis zum Bodensee zur Tat wird.

In diesem Sinne heissen wir unsren neuen Mitarbeiter und Kampfgenossen herzlich willkommen.



Lohnämter.

Im Nationalrat ist kürzlich bei der Beratung des Neutralitätsberichtes die Frage gesetzlich bindender Mindestlöhne aufgerollt worden. Dr. Feigenwinter hatte ein Postulat eingebracht, nach welchem von der Notunterstützung alle Personen auszuschliessen seien, deren Notlage eine Folge ungenügender Löhne ist und worin die Errichtung kommunaler Lohnämter verlangt wird, die «bis auf weiteres» verbindliche Mindestlöhne